

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

07.05.2026: Das Italien-Albanien-Abkommen: „Mit EU-Recht vereinbar“ – aber zu welchem Preis?

Das Italien–Albanien-Protokoll zur Migration sei nur insoweit „mit dem EU-Recht vereinbar“, als die Rechte von Migrant*innen „vollständig geschützt“ werden. Zu diesem Schluss kommt [Generalanwalt Nicholas Emiliou](#) am Europäischen Gerichtshof. Doch was bedeutet diese „Vereinbarkeit mit EU-Recht“ in der Praxis – und zu welchem Preis?

Emiliou vertritt die Auffassung, dass sowohl das Protokoll als auch die entsprechende italienische Gesetzgebung „grundsätzlich“ mit dem EU-Recht vereinbar sein könnten, insbesondere mit der Rückführungsrichtlinie und der Asylverfahrensrichtlinie.

[Der Europäische Gerichtshof](#) hatte sich bereits im August vergangenen Jahres mit dem Fall befasst, nachdem ein Gericht in Rom Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Inhaftierung von aus dem Mittelmeer geretteten Personen geäußert hatte, die nach Albanien überstellt wurden. Grundlage ist die Einstufung bestimmter Herkunftsländer – etwa Ägypten und Bangladesch – als „sicher“ durch die italienische Regierung. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus, doch die Stellungnahme des Generalanwalts dürfte erheblichen Einfluss auf das Urteil haben.

Umso wichtiger ist es, die tatsächlichen Bedingungen vor Ort zu betrachten. Emiliou selbst betont, dass die Rechte von Migrant*innen vollständig geschützt werden müssen. Unsere jüngsten Berichte (siehe unseren [Scirocco vom 09.03](#)) zeigen jedoch ein anderes Bild: Viele der nach Albanien gebrachten Menschen lebten zuvor jahrelang in Italien, verloren jedoch ihre Arbeit und damit ihre Aufenthaltserlaubnis. Sie befinden sich nun de facto in Haft – ohne strafrechtliche Verurteilung. Zahlreiche Betroffene erhalten nicht einmal eine [Begründung](#) für ihre Abschiebung nach Albanien. Gleichzeitig wird der Zugang zu rechtlichem Beistand systematisch erschwert, wodurch italienische Behörden Verantwortung für mögliche Misshandlungen umgehen.

Darüber hinaus berichten – laut der Zeitung [Avvenire](#) – Anwohner*innen nahe des Zentrums in Gjader regelmäßig von Schreien aus dem Inneren der Einrichtung. Zudem kommt es häufig zu Vorfällen, bei denen Inhaftierte versuchen, über Krankenhausaufenthalte aus dem Zentrum zu entkommen.

Gleichzeitig nutzen [Fratelli d'Italia](#) und [Forza Italia](#) die Zentren in Albanien als politisches Instrument. Mit Verweisen auf sinkende Ankunftsahlen lenken sie von der Brutalität und der ineffizienten Verfahrenspraxis ab. Nach einem Besuch bezeichnete die Abgeordnete Sara Kelany das Zentrum in Gjader als „[an der Kapazitätsgrenze](#)“, mit 82 von rund 96 belegten Plätzen. Auch Alessandro Battilocchio wertet die rückläufigen Zahlen irregulärer Einreisen als Beleg dafür, dass [Italien](#) „[auf dem richtigen Weg](#)“ sei.

Dabei wird erneut ignoriert, dass die Zahl der Todesfälle auf den Fluchtrouten über das Mittelmeer steigt. Zudem haben mehrere italienische Gerichte die Inhaftierungspraxis in den albanischen Zentren bereits zurückgewiesen, was erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit des Abkommens mit internationalem Recht aufwirft.

Darüber hinaus blenden sowohl Fratelli d'Italia als auch Forza Italia [Italiens koloniale Vergangenheit in Albanien](#) aus. Ministerpräsidentin Giorgia Meloni spricht von einer „historischen Freundschaft“, ohne die gewaltsame Besetzung Albaniens während des Faschismus zu berücksichtigen. Ähnlich wie in Libyen greift Italien damit auf ehemalige Einflussgebiete zurück, um migrationspolitische Abkommen zur Abschottung zu schließen.

Um Menschenrechte wirksam zu schützen, muss der Fokus auf Inhaftierung und Abschiebung in der Migrationspolitik grundlegend hinterfragt werden. Dieses System der Abschreckung und Versicherheitlichung führt letztlich zu weiterer Ausgrenzung und erhöhten gesundheitlichen Risiken für Menschen auf der Flucht – und steht damit einem breiteren gesellschaftlichen Fortschritt entgegen.

